

Protokoll der 7. öffentlichen Sitzung des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses am Mittwoch, dem 08.06.2005, 20:00 Uhr, Bürgerhaus Rodheim, Kollegraum III

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:50 Uhr

Anwesend:

vom Ausschuss: Frank Romeike (Ausschussvorsitzender)
Emmi Haupt
Regina Kahrenke
Irina Merz
Astrid Philippbaar f. Hans Becker
Norbert Schön
Herbert See

von der Stadtverordnetenversammlung: Paul Groetsch
Cornelia Launhardt
Dieter Launhardt
Günter Sehr

vom Magistrat: Bürgermeister Detlef Brechtel
Erster Stadtrat Hans Götz

Zuhörer / Presse / Vertreter der Elterninitiative „Schulkindbetreuung“: 6

Schriftführer: Manfred Christ

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Berichts Antrag der FWG-Fraktion vom 12.05.2005
Betreuung von Schulkindern
3. Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende, Herr Romeike, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung bestehen keine Einwände, es ist somit einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zu TOP 1 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu TOP 2 Berichtsantrag der FWG-Fraktion vom 12. Mai 2005 Betreuung von Schulkindern

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, nach einer Sachdarstellung des Bürgermeisters der Sprecherin der Elterngruppe, Frau Roth, die Möglichkeit einzuräumen, die Thematik aus ihrer Sicht zu schildern und anschließend die Diskussion im Ausschuss zu führen.

Der Bürgermeister stellt umfassend die Sachlage dar.

Er geht hierbei insbesondere auf die finanzielle Situation der Stadt ein, er stellt die Angebote der Stadt im Betreuungsbereich für Kinder im Alter von 1,5 bis 10 Jahren dar. Hierbei zeigt er vor allem die Situation der 6- bis 10-jährigen Kinder in Verbindung mit den Betreuungsangeboten Kinderhort sowie Betreuungsschule auf, legt Vergleichswerte mit allen Nachbarkommunen vor, informiert über eine Initiative der Hessischen Sozialministerin „Gewinnung von Tagesmüttern und deren Finanzierung“ und macht abschließend darauf aufmerksam, dass es angestrebtes Ziel des Magistrates ist, allen 6- bis 10-jährigen Kindern eine möglichst wohnortnahe Betreuung im Kinderhort / Betreuungsschule anbieten zu können.

Frau Roth schildert die Situation aus Sicht der betroffenen Eltern / Kinder.

Aus ihrer Sicht sind die Angebote der Stadt bzw. der privaten Vereine nahezu problemlösend, lediglich die Betreuungszeiten während der Ferien und im Nachmittagsbetrieb von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr entsprechen nicht den Wünschen / Vorstellungen der Betroffenen.

Nach der Schilderung von Frau Roth hat sich zwischenzeitlich die Warteliste von ehemals 11 auf maximal 6 Kinder mit einem Bedarf von 17:00 Uhr reduziert.

Frau Roth schlägt konkret folgende Lösungsschritte vor:

- „Finanzielle Zweitkinderlösung“ auf
Betreuungsschule / Hort / Kitas zu erweitern

- deutlich verbesserte Betreuungsangebote der städtischen Jugendpflege in den Ferien
- ergänzendes Betreuungsangebot der Stadt / alternativ der Betreuungsschule in den Räumen an der EKS in der Schulzeit von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Die Sprecherin der Elterninitiative, Frau Roth, akzeptiert die eingeschränkten Möglichkeiten der Stadt angesichts der extrem angespannten finanziellen Situation, verweist aber auf den Strukturwandel, die zwangsläufige Berufstätigkeit beider Elternteile, insbesondere in Neubaugebieten und verdeutlicht abschließend, dass gemeinsam zwischen Stadt, Betreuungsschule und Eltern eine Möglichkeit der Ergänzung bestehender Angebote gefunden werden sollte.

Der Bürgermeister sagt im Namen des Magistrates eine umfassende Prüfung der Lösungsangebote der Elterninitiative zu, verweist aber wiederholt auf die insgesamt 12 freien Plätze im Kinderhort Taunusblick / Nieder-Rosbach.

In der anschließenden Diskussion der Ausschussmitglieder untermauern diese die Lösungsansätze des Magistrates, halten aber grundsätzlich die Inanspruchnahme der Plätze in Nieder-Rosbach für räumlich vertretbar.

Frau Roth legt ein Informationsblatt über das Landesförderprogramm „Familienstadt mit Zukunft“ vor. Gesucht werden vom Land Hessen Kommunen, die in einer Allianz mit dem Land eine demographische Trendwende einläuten wollen. Sie erklärt, hierzu im Rahmen ihrer Möglichkeiten beitragen zu wollen.

Der Bürgermeister sagt Prüfung des Angebotes und der damit verbundenen Zuschusserwartungen der Stadt zu.

Eine abschließende Beschlussfassung zu dem vorliegenden Berichts Antrag der FWG-Fraktion wird nicht herbeigeführt.

Der Fraktionsvorsitzende der FWG, Herr Sehr, stellt in Aussicht, nach einer Beratung im Ältestenrat den Berichts Antrag der FWG als erledigt zurückzuziehen.

Zu TOP 3 Verschiedenes

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Romeike, schließt um 21:50 Uhr die siebte öffentliche Sitzung des Ausschusses.

Rosbach v.d.Höhe, den 10. Juni 2005

(Frank Romeike)
Ausschussvorsitzender

(Manfred Christ)
Schriftführer